

## «No Billag» ist eine diskriminierende Vorlage

In der No-Billag-Diskussion wird vergessen, dass wir nicht nur über das Fernsehen reden, sondern auch über das Radio. Bei einer Annahme der Initiative verstümmen viele Radiostationen, weil sie kein Geld mehr haben. Der Morgen beginnt nicht mehr mit Musik und Nachrichten. Bei der Fahrt zur Arbeit sind keine Verkehrsmeldungen der Region zu hören. Regionale Nachrichten sind nur noch über Zeitungsportale lesbar. Musik aus der Schweiz ist nur noch von Musikern zu hören, die internationalen Erfolg haben. Das alles möchte ich nicht. Der Morgen soll mit Musik und Nachrichten aus der Region beginnen. Damit das so bleibt, gibt es nur ein klares Nein zu «No Billag».

**Christoph Suter**  
Bienenstr. 88, 9244 Niederuzwil

Entlarvend ist der Absatz 6: «Der Bund betreibt in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen». Meines Wissens ist dieser Absatz im allgemeinen Kampfgetöse kaum je gewürdigt worden. Erfahrungsgemäss müssen Kommu-

nikationskanäle gut bekannt und vertraut sein, wenn diese in Notsituationen (Krieg, Terror, Naturkatastrophen) wirksam sein sollen. Es ist absurd, verantwortungslos und menschenverachtend, wenn eine wirksame Notkommunikation mittels «No Billag» verhindert wird. «No Billag» zeigt so betrachtet den abgrundtiefen Hass gegen das Staatswesen und eine souveräne Schweiz. Rechtsbürgerliche Kreise wollen offenbar mittels Gebührenpolitik das erreichen, was linken Armeeausschaffern bis heute nicht gelang.

**Anton Heer**  
Birkenstr. 35, 9230 Flawil

Ich habe genug vom Gezank und informiere mich ausschliesslich am vorgeschlagenen Verfassungstext, denn der allein ist massgebend: Der Bund solle Radio- und TV-Konzessionen nur noch versteigern. Der Bund dürfe keine Radio- und TV-Stationen mehr subventionieren. Der Bund und beauftragte Dritte dürften keine Empfangsgebühren mehr erheben. Frage: Wer kann schon

Radio- und TV-Konzessionen ersteigern ausser Finanzoligarchen, Milliardäre und eventuell ausländische Investoren? Wie wollen diese die Radio- und TV-Sender ohne staatliche Beiträge und ohne Gebühren finanzieren? Natürlich durch Dauerwerbung und wohl auch Boulevardisierung und «Berlusconiisierung» der Programme, jedenfalls profitorientiert. Also: Wer ein von Finanzgiganten beherrschtes und gesteuertes Profitradio und -fernsehen will, der stimme: «No Billag» ja. Wer hingegen ein staatspolitisch und kulturell verantwortliches Radio- und Fernsehprogramm will, der stimme: «No Billag» nein.

**Sepp Kaufmann**  
Brunnenstr. 21, 9470 Buchs

Rund eine Million Menschen mit Hörbehinderung und 300 000 mit Sehbehinderung leben in der Schweiz. Die SRG gibt dank der Billag-Gebühren neu 17 Millionen Franken jährlich für Untertitel, Gebärdensprachdolmetschende und Hörfilmfassungen aus, um ihnen Zugang zur politischen

Meinungsbildung, Kultur und Unterhaltung zu gewährleisten. Auch viele regionale TV-Stationen unterteilen teilweise ihre Informationssendungen. Ein Ja zu «No Billag» wäre für Menschen mit Sinnesbehinderungen also fatal und käme einem Ausschluss aus der Gesellschaft gleich. Laut Initianten und Befürwortern von «No Billag» wird es der freie Markt auch für diese Menschen (wie denen in den Randregionen der Schweiz) dann schon richten. Wieder so eine unsägliche Initiative, die sich «Volksmehrheiten» anbietet auf Kosten von Minderheiten. Ein klares Nein zu dieser diskriminierenden Vorlage!

**Alain Vannod**  
Rickenstr. 27, 9014 St. Gallen

Wir sind ein Land, das stolz ist auf seine vier Sprachregionen. Die bestehende Radio- und Fernsehpolitik zielt darauf ab, in allen Landessprachen und Regionen eine sachgerechte Berichterstattung sicherzustellen, ohne dass Einschaltquoten im Vordergrund stehen. Die Gebühren für Radio und TV

ermöglichen Vielfalt und Unabhängigkeit. Ich stimme deshalb Nein zu «No Billag».

**Clara Mathis**  
Stadelstr. 2, 8590 Romanshorn

Wo bleibt der Service public? Bei einer Abschaffung der Gebühren stirbt die Solidarität in unserem Mediensystem.



Somit würden Sendungen in den Randregionen, für Sinnesbehinderte oder über Randsportgruppen wegen der fehlenden Finanzierung gestrichen. Gut informierte Bürger sind eine Voraussetzung für das Funktionieren der direkten Demokratie. Eine totale Kommerzialisierung der Medien brächte zahlungskräftigen Investoren mehr Macht und Einfluss auf Kosten einer seriösen Information. Sagen wir Nein zu «No Billag»!

**Bruno Schlauri**  
Präsident AWG Thurgau  
Hammerweg 7, 8274 Tägerwilen

Wir berufen uns gern auf den «Sonderfall Schweiz» mit seiner weltweit einmaligen direkten Demokratie und seinen vier Landessprachen. Wir wissen, dass für das Funktionieren der direkten Demokratie ein gut und breit informiertes Volk eine wichtige Voraussetzung ist. Wir sind stolz darauf, dass unsere Gründerväter auf dem Rütli sich Solidarität unter Brüdern schworen. Deshalb glauben wir bis heute, dass Solidarität ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie ist. Wir wollen nichts, was uns zusammenhält, auf Dauer gefährdet. Darum ist uns ein gutes, schweizerisches Radio- und Fernsehangebot für alle Sprachregionen und Minderheiten einen Franken pro Tag wert. Wir kriechen deshalb sicher nicht der unausgegorenen No-Billag-Bierdecke auf den Leim, die unser Radio und Fernsehen an die Wand fahren oder auf ein mit Werbung zugepflastertes, kümmerliches Restmedium reduzieren will. Echte Schweizer Patriotinnen und Patrioten sagen Nein zur No-Billag-Initiative.

**Theres Germann**  
Dürfli 3, 9536 Schwarzenbach

## Wehret den Anfängen bei der Zensur

«In einer Welt voller Zensur», Ausgabe vom 16. Februar

Alle Kunst macht das, worüber sie schreibt, malt oder sonst gestaltet, zum Objekt – das liegt in der Natur der Sache. Wenn wir alle Kunst abschaffen würden, deren Interpretation uns aus irgendwelchen Gründen nicht passt, stünden wir bald vor leeren Bibliotheken und Museen und letztlich dann vor brennenden Scheiterhaufen mit Büchern drauf

oder irgendwann Menschen. Wäre ich zum Beispiel Studentin an der Hochschule, welche das wunderbare Gedicht von Gomer von der Wand tilgen will, würde ich meine Mitstudierenden zu einer Demonstration aufrufen, zum Sitzstreik vor dieser poetischen Wand, zum gewaltfreien Schutz der Poesie. Motto: Wehret den Anfängen!

**Martina Schäfer**  
Multergasse 35, 9000 St. Gallen

## Steine müssten nicht durch die ganze Schweiz fahren

«Steine rollen über die Schweiz», Ausgabe vom 14. Februar

Es mag ja toll aussehen, wie so drei tonnenschwere Steine durch die Schweiz gerollt, respektiv gefahren werden. Die Steine könnten uns viel erzählen. Aber sie sind längst in St. Gallen angekommen. Nur nicht dort, wo sie eigentlich stehen müssten. Ein schöner Ort für diese Steine wäre der neue Aussenpark beim Naturmuseum. So aber stehen

Verrucano, Flysch und andere Gesteine im Schatten des Historischen Museums und können angeblich aus Kostengründen nicht zum neuen Naturmuseum bewegt werden. Dabei wäre die Entfernung Historisches Museum St. Gallen bis zum Naturmuseum St. Gallen für die Steine weitaus geringer als sie durch die ganze Schweiz zu fahren.

**Hansmartin Unger**  
Rorschacher Str. 275a, 9016 St. Gallen

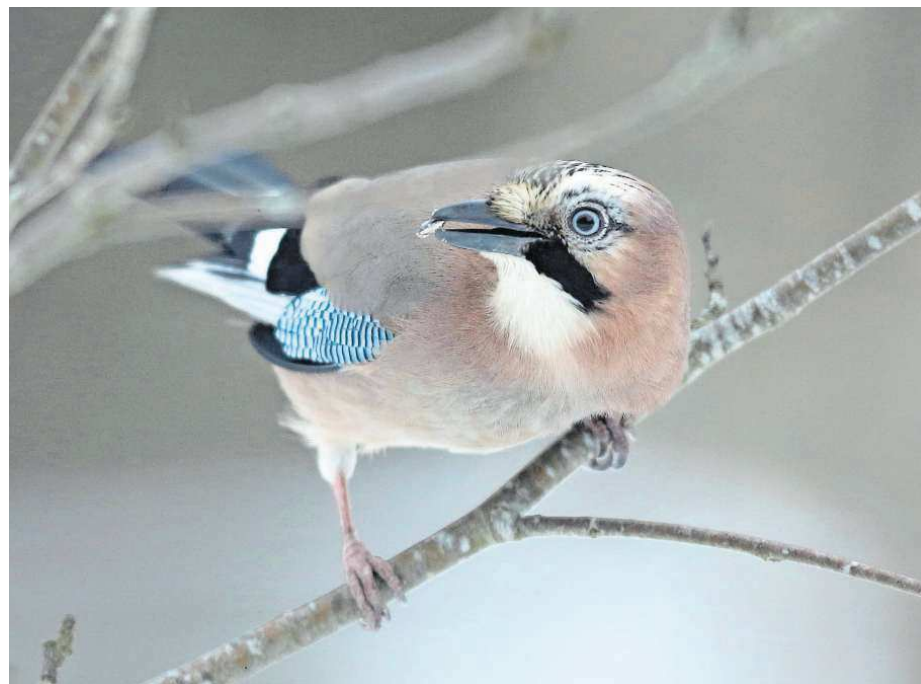
## Ein Lob den Fotojägern und Fotojägerinnen

Mit diesem Leserbrief möchte ich für einmal nicht kritisieren, sondern loben und aufmerksam machen. Immer wieder staune ich ob diesen wunderbaren Leserbilder der verschiedenen «Künstler». Die Vielfalt der Sujets ist riesig. Seien es die «Turtelmeisen», die «Schneespuren», der «Schwanentanz»

auf dem Bodensee, die bedrohlichen «Wolkenformationen» über dem Bodensee oder «Frühlingsgefühle» der ersten Blumen. Gratulation an die Fotojäger und Fotojägerinnen.

**Edith Baumgartner**  
Florastr. 16a, 9200 Gossau

## Ein gefundenes Fressen



**Leserbild** Hans Aeschlimann fotografierte diesen Eichelhäher in Trogen.

## Beleidigung eines ganzen Berufsstands

«Assistenzärzte fordern mehr Lohn», Ausgabe vom 13. Februar

Der Ärztenachwuchs am Kantonsspital St. Gallen ersucht den Verwaltungsrat der St. Galler Spitalverbunde um eine Gehaltserhöhung. Der Verwaltungsrat zeigt zwar Verständnis für die Forderung, weist aber auf die angespannte finanzielle Situation der St. Galler Spitäler hin. Dies ist eine verständliche Stellungnahme. Wie reagiert nun aber das Kantonsspital auf das Ansuchen der Assistenz-

ärzte, ohne deren aufopfernde Mitarbeit eine erfolgreiche Behandlung der Patienten unmöglich wäre. Die Spitalleitung offeriert den jungen Ärzten einen Essensgutschein im Wert von 160 Franken. Es gibt verschiedene Formen einen ganzen Berufsstand zu beleidigen: Eine davon ist sicher die, den jungen Medizinern, die ein schweres Studium hinter sich haben, mit hohen Arbeitsstunden belastet sind und sich täglich weiterbilden, mit einem Almosen von 160 Franken Essensgeld abzu-

speisen. Obdachlos wäre damit gedient, für junge Ärzte ist es beleidigend. Das Kantonsspital sollte sich eine andere, vornehmere Lösung des sicher schwierigen Problems einfallen lassen, sonst werden bald gute Nachwuchsärzte ihre Mahlzeiten in anderen Spitälern einnehmen und ihr ärztliches Können anderen Regionen der Schweiz zur Verfügung stellen.

**Klaus Bandhauer**  
Prof. Dr. med. ehem. Chefarzt  
Tutliost. 7c, 9011 St. Gallen

## Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Bevorzugt werden kürzere Texte. Es werden nur Leserbriefe bearbeitet, die nicht länger sind als 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Für Texte zu Wahlen und Abstimmungen gilt eine Maximallänge von 1200 Zeichen, 1500 für Beiträge für die «Ostschweiz am Sonntag». Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften nicht zu publizieren oder zu kürzen. Sie führt darüber keine Korrespondenz. [www.tagblatt.ch](http://www.tagblatt.ch) → Alle Angebote → Leserbriefe